

Die Sache mit dem Klimageld (Oder warum wieder der Klimaschutz verliert - eine Meinung)

Alle Bürger*innen zahlen für den Verbrauch von fossiler Energie zusätzlich einen sogenannten CO₂-Preis, der ein marktbasierendes Instrument der Umweltpolitik zur Senkung von CO₂-Emissionen darstellt. „Seit dem 1. Januar 2024 liegt der CO₂-Preis pro Tonne ausgestoßenem CO₂ bei 45 Euro – die Erhöhung war bereits von der Vorgängerregierung Ende 2020 vorgesehen.“¹ Die Idee hinter dem Klimageld war nun, dass der Staat einen Teil der nationalen und europäischen Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung in Form von Direktzahlungen („Cashback“) an die Bürger*innen wieder zurück gibt, so wie es auch der BUND fordert.

Wenn alle den gleichen Betrag erhalten, profitieren einerseits diejenigen, die weniger an CO₂ verbrauchen, weil vorher weniger für die CO₂-Bepreisung gezahlt wurde. Aber auch diejenigen, die einen erheblichen Teil ihres Einkommens für Strom, Gas, Öl und Sprit aufwenden müssen, werden entlastet. Natürlich kann man darüber streiten, ob es gerecht ist, dass Menschen mit einem höheren Einkommen, die klimatechnisch „schädlicher“ daherkommen, den gleichen Betrag erhalten sollen, wie Menschen mit niedrigem Einkommen und vielleicht deutlich geringerem CO₂-Verbrauch. Auch dass Bewohner*innen in den Städten, die eventuell kein Auto haben, den ÖPNV nutzen und sich so ökologischer verhalten, das gleiche Klimageld erhalten wie Menschen, die im Speckgürtel einer Metropole mit Zweitwagen leben, kann als ungerecht empfunden werden. Ansatz und die Höhe des Klimageldes sind also in der Diskussion (Stichwort „Staffelung“).

Aber darum geht es in diesem Text eigentlich gar nicht!

Fakt ist, dass durch den Ansatz des Klimageldes das Bewusstsein geschärft wird, sich mit den Kosten für fossile Energie zu beschäftigen, darüber nachzudenken, was getan werden kann, um fossile Energie zu reduzieren oder zu vermeiden. Ein möglicher echter Beitrag für den Klimaschutz! Maßnahmen zum Schutz des Klimas benötigen nämlich die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger. Wie schwer das ist, sehen wir ja laufend.

Das was jetzt mit dem Klimageld geschieht, zerstört das zarte Pflänzchen „Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen“ im Sinne von Klimagerechtigkeit erneut im Keim. Denn einerseits wird die CO₂-Bepreisung weiter steigen, bis 2026 wahrscheinlich auf 65 € pro Tonne. Andererseits wurde die Einführung des Klimageldes auf unbestimmte Zeit aus den unterschiedlichsten Gründen vertagt.² Natürlich fehlt letztendlich das Geld für das Klimageld, was eine ganz andere Diskussion eröffnen könnte (Stichwort „Schuldenbremse“): Der Klima- und Transformationsfond (KTF), aus dem zahlreiche Vorhaben zur Umsetzung der Energiewende, Infrastrukturmaßnahmen, Zukunftsindustrien etc. finanziert werden sollen, gibt das Klimageld schlichtweg nicht mehr her. Andererseits werden über diesen Fond milliardenschwere Firmen subventioniert (Stichwort „Chipfabrik“), was sicherlich auch diskutabel ist.

Das Klimageld hätte bei allen Finanzierungsproblemen in Verbindung mit dem KTF und den richtigen Lenkungsmaßnahmen nicht als Erstes gestrichen werden dürfen, wie auch der BUND Niedersachsen fordert. Der Wegfall bei gleichzeitiger Erhöhung der CO₂-Bepreisung erzeugt nur Unverständnis bei den Bürger*innen und das schadet letztendlich wieder einmal der Akzeptanz für Klimagerechtigkeit, dem Klimaschutz und dem Klima. Keine gute Entscheidung!

Ulf-Joachim Krause

1 Vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/co2-preis-kohle-abfallbrennstoffe-2061622>

2 Vgl. https://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Ohne-Klimageld-kann-sich-das-Klima-gehackt-legen-article24668784.html